

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.

(Einschließlich 5 Heller Post)

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

8. Doflon u. Verwaltung: Drag II, Refikjanfa 10 • Teleph.: 20705, 31400, Nachtreph., (ab 21 Uhr): 33555 • Dofl. (Prag): 57348

12. Jahrgang.

Donnerstag, 23 Juni 1932

Nr 148.

Frankreichs Reparationsvorschläge.

Yound-Zahlungen erst bei Besserung der Wirtschaftslage.

Paris, 22. Juni. Die Louvanner Bericht-erfasser der Pariser Blätter berichten über die Darlegungen des französischen Finanzministers Germain-Martin, der seinen englischen Kollegen die französische Meinung über die Reparationen darstellte.

Für die Phase der Krise, deren Dauer nicht genau vorhergesagt werden könne, annähernd aber längstens auf zwei Jahre, würden sämtliche deutschen Zahlungen eingestellt werden. Dann würde Deutschland seinen vertraglichen Zahlungsverpflichtungen durch Naturalisierungen nachkommen. Dadurch würden gleichzeitig die Handels- und Industriebeziehungen zwischen den zwei Staaten gelebt werden. Ehe sich die Verhältnisse nicht bessern, denke Frankreich nicht an eine Wiederaufnahme der Zahlungen nach dem Young-Plan.

Die neue Staffellung der deutschen Reparationszahlungen würde erheblich herabgesetzt werden, doch beharrte Frankreich darauf, daß diese Zahlungen auch in Zukunft aus zwei Teilen bestehen, nämlich:

1. aus der Summe, die der Summe gleichkommt, die Amerika zu fordern hat,
2. aus einer Summe, die zwischen den Staaten aufgeteilt würde, die bisher eigentliche Reparationszahlungen erzielten.

Um das Uniformverbot.

Die Länder behalten sich noch Bedenken vor.

Berlin, 22. Juni. Im Reichsministerium des Innern trat heute vormittag ein über die angekündigte Konferenz der Innenminister der Länder zusammen. Nach einleitenden Worten des Reichsinnenministers fand eine mehrstündige Aussprache über die innenpolitische Lage und die Handhabung der Verordnung gegen politische Ausschreitungen statt. Die Vertreter sämtlicher Länder äußerten sich eingehend über die Verhältnisse in ihren Ländern und nahmen zu den einzelnen Punkten der Verordnung Stellung. Am Schluß der Aussprache richtete der Reichsinnenminister an die Ländervertreter die „dringende Bitte“, die heute bestehenden länderrechtlichen Vorschriften, d. h. das Uniform- und Aufmarschverbot in Süddeutschland, der Politik der Reichsregierung anzupassen und eine einheitliche Handhabung der gesamten Materie herbeizuführen.

Die endgültige Stellungnahme der noch von der Auffassung der Reichsregierung abweichenden Länder wurde dem Reichsinnenminister in kürzester Frist zugesagt.

Kronprinz Wilhelm möchte Kaiser werden.

London, 22. Juni. (Conti.) Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ besaß sich mit einem Gerücht, wonach der vermählte deutsche Kronprinz London in nächster Zukunft einen Besuch abzustatten beabsichtigen soll. Der Korrespondent behauptet, daß die zuständigen Behörden einen solchen Besuch genehmigen würden, sei keineswegs sicher, wenn auch der vormalige Kronprinz erklären sollte, der Besuch sei rein privater Natur, in England und anderswo würde doch die Auffassung entstehen können, daß dabei politische Ziele verfolgt würden.

Tatsache sei, fährt das Blatt fort, daß neuerdings von Anhängern einer Wiedereinsetzung des Hohenzollern inoffizielle Sondierungen in verschiedenen Hauptstädten über die eventuelle Aufnahme eines solchen Ereignisses unternommen worden seien.

Berufung der Arbeitszeit.

Berlin, 21. Juni. (Fh. P. B.) Das Reichsarbeitsministerium ist seit langem bemüht, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine freiwillige Berufung der Arbeitszeit herbeizuführen. Neuerdings sind auch die Landesarbeitsämter in den Dienst dieser Aufgabe gestellt worden, an der sie durch ihren Aufgabekreis besonders interessiert sind. Die Landesarbeitsämter sollen durch besondere Kurzarbeitsausschüsse auf die Arbeitsförderung in den einzelnen Gewerbebezügen und Betrieben ihres Bezirkes hinarbeiten und an den Verhandlungen dieser Ausschüsse auch die Gewerbeaufsichtsbeamten und gegebenenfalls die Schlichtungsorgane beteiligen.

Sensation in Genf:

Rüstungsverminderung um ein Drittel.

Ein Vorschlag Hoovers an die Abrüstungskonferenz.

Genf, 22. Juni. Der Hauptauschuß der Abrüstungskonferenz trat heute Nachmittag zu einer auf Veranlassung der amerikanischen Delegation überraschend einberufenen öffentlichen Sitzung zusammen, an der nahezu sämtliche 54 auf der Abrüstungskonferenz vertretenen Staaten teilnahmen. Unter ungegewöhnlicher Beteiligung der internationalen Presse und des Publikums erteilte Henderson dem Führer der amerikanischen Delegation Volschastler Gibson das Wort.

Gibson machte der Versammlung die Mitteilung, er sei vom Präsidenten der Vereinigten Staaten beauftragt, dem Hauptauschuß eine Erklärung zu übermitteln, die in diesem Augenblick in der ganzen Welt veröffentlicht werde; Hoover gebe sich der Hoffnung hin, daß sein Vorschlag zu einer allgemeinen und gründlichen Prüfung des Abrüstungsproblems führen werde.

Gibson verlas sodann die Botschaft Hoovers, die in dem Vorschlag gipfelt, die gesamten Weltrüstungen um ungefähr ein Drittel herabzusetzen. Durch eine Herabsetzung der verheerenden Rüstungslasten würde der wichtigste Schritt für eine Erholung der Weltwirtschaft getan. Die Abrüstung würde die Furcht und das gegenseitige Mißtrauen beseitigen, das die Folge der Rüstungen sei.

Die Botschaft Hoovers entwirft dann im Einzelnen einen umfassenden Abrüstungsplan, der von dem Grundgedanken ausgeht, daß der von allen Staaten unterzeichnete Kellogg-Bastrede, daß die Staaten ihre Rüstungen lediglich zu Verteidigungszwecken zu gebrauchen gedenken. Die Land-, Luft- und Flottenrüstungen bildeten ein einheitliches Ganzes, deshalb müßten auch die amerikanischen Vorschläge als ein Ganzes betrachtet werden.

Auf dem Gebiete der Landrüstungen sieht der Plan Hoovers die vollständige Abschaffung der Tanks, des chemischen Krieges und der beweglichen schweren Artillerie vor. Die Personalstärke soll um ein Drittel herabgesetzt werden. Jeder Staat soll nach diesem Plan nunmehr so viele Truppen unterhalten dürfen, die er aus Gründen der inneren Sicherheit zu können, braucht.

Als Grundlage für die Berechnung der Personalstärke jedes Staates soll die Seeresstärke genommen werden, die der Volschastler Vertrag für Deutschland festgelegt hat.

Auf dem Gebiete der Luftrüstungen wird die vollständige

Abschaffung der Bombenflugzeuge gefordert.

Was die Seerüstungen angeht, so empfiehlt Amerika die Herabsetzung der Gesamttonnage der Panzerschiffe um ein Drittel, der Flugzeugmutterchiffe sowie der Kreuzer und Torpedoboote um ein Viertel und der U-Boote um ein Drittel. Die Gesamttonnage der U-Boote soll in keinem Staate 35.000 Tonnen überschreiten.

Die Botschaft Hoovers stellt zum Schluß fest, daß der amerikanische Plan zu einer starken Herabsetzung der Ausgaben für Neubauten und Erneuerung der Kriegsschiffe führen würde. Er würde jeder Nation die Möglichkeit großer Ersparnisse auf dem Gebiete der Land-, Luft- und Flottenrüstungen verschaffen. Jeder Staat müsse zu dem gemeinsamen Werk beitragen. Es sei ein Wahnsinn, wenn die Welt sich weiter in militärischen Ausgaben erschöpfen wolle. Die Vereinigten Staaten hätten ihre Vorschläge eingebracht, um die Völker zu entlasten.

Im Anschluß an die Verlesung der Botschaft Hoovers gab Volschastler Gibson einige technische Erläuterungen zu dem Plan und betonte nochmals, daß Amerika bereit sei, seinerseits große materielle Opfer auf dem Gebiete der Abrüstung zu bringen.

Frankreich beharrt weiter auf „Sicherheit“.

In der anschließenden Debatte erklärte der englische Außenminister Simon, die englische Regierung begrüße den amerikanischen Vorschlag in allen seinen Einzelheiten. Großbritannien hoffe, daß der Plan von allen Seiten alsbald geprüft werde. Die englische Delegation behalte sich ihre endgültige Stellungnahme noch vor. Was die Seerüstungen betreffe, so wisse er nicht, ob die im Hooverplan vorgeschlagenen Methoden die geeignetsten seien, um den individuellen Verhältnissen der einzelnen Länder Rechnung zu tragen. Großbritannien wünsche aber eine größere Abrüstung auf diesem Gebiete als man allgemein annehme.

Paul Boncour erklärte für Frankreich, daß es an seiner bisherigen Auffassung, daß Rüstungsherabsetzungen nur in Zusammenhang mit der Organisierung der Sicherheit erfolgen könnten, festhalte; man müßte zu Abrüstungsvereinbarungen kommen, die dem gegenwärtigen (1) Zustand der Sicherheit entsprächen und sofort verwirklicht werden könnten. Die französische Delegation sei bereit, die Hooverschen Vorschläge zu prüfen, müsse aber den Vorbehalt machen, daß gleichzeitig die bekannten französischen Vorschläge auf dem Gebiete der Organisierung des Friedens zur Erörterung gestellt würden. Eine schematische Herabsetzung der Rüstungen um ein Drittel würde für gewisse Länder Ungerechtigkeiten schaffen. Zum Schluß führte Paul Boncour den Nachweis, daß Frankreich bereits weitgehend abgerüstet (2) habe. Er bemerkte ausdrücklich, daß der Hooverplan nicht durchgeführt werden könne, ohne daß die Frage der Sanktionen geregelt würde.

Der russische Volkskommissar Litwinow übte scharfe Kritik an den Arbeiten der Konferenz,

die bisher lediglich akademischen Wert hatten. Die russische Delegation lehne jede Verantwortung für den Mißerfolg ab. Sie begrüße die Vorschläge der amerikanischen Delegation umso mehr, als diese in mehreren Punkten mit den russischen Vorschlägen übereinstimmen.

Der deutsche Delegationsführer Radoino erklärte, daß die deutsche Delegation mit großem Interesse und mit besonderer Befriedigung von den Vorschlägen des Präsidenten Hoover Kenntnis genommen habe. Die amerikanischen Vorschläge hätten das Verdienst, der Konferenz einen neuen Impuls zu geben. Die Vorschläge erschienen der deutschen Delegation sehr gemächlich. Man müsse hoffen, daß man im Laufe der Verhandlungen noch zu viel entscheidenderen Maßnahmen gelangen werde. Je gründlicher die Rüstungsherabsetzungen seien, um so leichter löse sich das Problem der Gleichberechtigung, deren Schaffung eine der wichtigsten Bedingungen für den Erfolg der Konferenz sei.

Im weiteren Verlauf der Diskussion ergriffen noch die Vertreter Italiens, Japans und Spaniens das Wort.

Washington optimistisch.

Washington, 22. Juni. Im Weißen Hause wurde heute erklärt, die Vorschläge Hoovers stellten das Ergebnis langer Verhandlungen und Überlegungen dar und seien das, was in Genf erreicht werden könne und müsse. Die französische Regierung, die anfangs die Vorschläge kritisch betrachtet habe, werde doch auf dieser Basis zu einer Einigung mit England, Amerika und Italien gelangen. Selbstverständlich habe die amerikanische Regierung nicht die Absicht, mit den Kriegsschulden ein Handelsgeschäft zu machen.

Herr Spina und die Demokratie.

Es ist seit langem ein seltener Genuß geworden, einen bürgerlichen Politiker sich für das demokratische System einsetzen zu sehen, ein höchst seltener und — um es gleich zu sagen — niemals ungetriebener. Rämlich der Motive wegen, aus denen sich gelegentlich so ein bürgerlicher Politiker daran erinnert, daß seine Partei eigentlich „demokratisch“ ist und für diesen sonst wenig geübten und gepflegten Begriff eine Lauge zu brechen sich bemüht. Eben weil die Rolle eines bürgerlichen Vertreters als Kämpfer für die Demokratie eine so rare geworden ist, verdient sie Beachtung. Besonders wenn es ein führender deutscher Landbändler ist. Es war Minister Doktor Spina, der am Sonntag auf dem Kreisparteiabend des Bundes der Landwirte in Mährisch-Neustadt in seinem politischen Referat ebenso gegen den Diktatorfascismus wie für die Notwendigkeit der Bewahrung des demokratischen Systems in unserem Staate manches Richtige und Treffende sagte, dem allem nur ein Fehler, leider ein sehr entscheidender, anhaftete. Wir werden bald sehen wacher.

Der Ton, auf den Herrn Spinas Rede gestimmt war, war dieser: aus Nützlichkeitsgründen können und dürfen sich die Sudeten-deutschen eine andere Politik als eine demokratische nicht leisten, denn die Sudetendeutschen seien eine nationale Minderheit, ständen einem harten und übermächtigen Gegner gegenüber, der stets darauf lauere, die Waffen, die ihm ein verantwortungsloser, hemmungsloser Radikalismus deutscher nationalistischer Parteien in die Hand drückt, gegen das ganze deutsche Volk zu gebrauchen, die deutsche Jugend als „staatsfeindlich“ aus dem Staatsdienst zu verdrängen. Antidemokratische, faschistische Bestrebungen hierzulande, seien nur geeignet, antidemokratische Strömungen, nationale Unzufriedenheit und nationalen Chauvinismus auf der anderen Seite zum Schaden der deutschen Minderheit zu stärken, was schon bisher nicht ohne Erfolg geschehen sei.

So weit, so gut. Die Gründe, die Minister Spina dafür anführt, daß die Sudetendeutschen eine Besserung ihres Schicksals nur im Rahmen des demokratischen Regimes zu erhoffen haben und daß für sie der Faschismus sich nur verderblich und verhängnisvoll auswirken kann, sind sicher stichhaltig. Aber wenn seine Ausführungen darin ausklangen, daß er sagte, „die deutschen Bauern bekennen sich aus langer, schwerer, geschichtlicher Erfahrung zur Demokratie“, so wird man selbst nach dieser Rede finden, daß es doch nicht die wahre Liebe ist, welche die Landbändler ihr Herz für die Demokratie entdecken läßt. Man kann des Herrn Spinas Rede um und um wenden, man wird darin kein einziges Wort entdecken, das die Deutung zuließe, daß er für die Demokratie um der Demokratie willen eintrete. Er kann es sich sogar nicht verlagern, vor dem Faschismus — in Deutschland — ein höchst artiges Kompliment zu machen. Ja, in Deutschland! Dort könnte man sich eine solche hemmungslose Politik eventuell noch „leisten“, wobei Spina noch hinzufügte, er wolle nicht ungerecht sein und nicht „über so manche psychologische Grundlage einer solchen Politik hinwegsehen“, was schon stark nach einem Rechtsfertigungsversuch gegenüber dem Diktatorfascismus aussieht. Aber bei uns sei das eben ganz anders. Wir müssen gesehen, daß ein demokratisches Bekenntnis, das nur ort- und zeitgegeben ist, das für seine Existenzberechtigung

im wesentlichen nur innerhalb der eigenen Landesgrenzen plädiert, weil es eben opportun erscheint und das den Faschismus nicht an sich grundsätzlich und entschieden ablehnt, für ihn sogar jenseits der Landesgrenzen heimliches aber volles Verständnis aufzubringen sich bemüht, daß uns also ein solches Bekenntnis zur Demokratie fragwürdig und verdächtig erscheint.

Es ist noch zu sagen, daß Spinas Bekenntnis rechtlich spät kommt. Bis hier haben so gut wie alle bürgerlichen Parteien den Kampf für die Bewahrung des demokratischen Systems fast ausschließlich der Sozialdemokratie überlassen, mit Verlaub: auch die deutschen Landbündler! Wenn Herr Spina und die Seinen es wünschen sollten, so sind wir bereit, ihnen eine stattliche Reihe von Beweisen — Zitate aus landbündlerischen Reden und Vortragsentwürfen — zu erbringen, in denen unverhohlen die Uneinigkeit zu faschistischen Ideen und Einrichtungen zum Ausdruck gebracht wurden. Es gibt keine bürgerliche Partei, die nicht wenigstens gelegentlich mit dem Faschismus geliebäugelt hätte, die Landbündler waren da nicht die letzten. Solange die politischen Parteien des Bürgertums die Hoffnung hatten, der Faschismus werde zu ihrem Nutzen die politische und gewerkschaftliche Macht der Sozialdemokratie zerschmettern, war ihre Sympathie für ihn und seine Methoden bei ihnen voll lebendig. Seither wurden sie durch die Erfahrungen in Deutschland und Österreich einigermaßen in ihrer Begeisterung abgekühlt, denn dort hat der Faschismus weniger die verhasste Sozialdemokratie, dafür um so mehr bürgerliche Parteien verschlungen. Ähnlich ist es bei uns oder droht, so zu werden. Die Hakenkreuzler als marxistische Trachtenkinder, das wäre schon etwas, was den Herzenswünschen sämtlicher bürgerlicher Parteien entsprechen würde. Doch leider steigt er ihnen herzlos und rücksichtslos aufs eigene Dach. Daher plötzlich Jeter und Wordio! Es hält schwer, schon aus zeitlichen Gründen, das überraschend kommende Bekenntnis der deutschen Landbündler anders zu deuten, als aus der Tatsache, daß die Nationalsozialisten seit einiger Zeit ihre Agitation auch auf das flache Land verlegt haben und nicht ohne Erfolg.

Es fällt uns nicht ein, zu mäkeln und zu deuteln. Wir würden es begrüßen, wenn auch im Bürgertum zur Abwehr des Faschismus, der bei uns nicht nur ein trügerisches Irlicht, sondern wie Herr Spina ausführte, ein das Schicksal des eigenen Volkes bedrohender verbrecherischer Wahnwitz ist, sich Kräfte entwickeln würden. Leider sehen wir sie nicht. Das Bekenntnis des Ministers Spina hängt vorläufig in seiner eigenen Partei noch sozusagen in der Luft. Wir haben vor einigen Tagen gezeigt, wie innerhalb der Landbündlerkreise in Mähren und Schlesien faschistische Gedankengänge in eigener Regie unter die häuerliche Jugend verpflanzt werden. Vorläufig ist also das demokratische Bekenntnis der deutschen Landbündler noch nicht einmal wirksam genug, die eigenen Parteianhänger zur Abneigung gegen faschistische Ideen zu bewegen. Darum bleibt schwer etwas anderes übrig, als den Auslassungen des landbündlerischen Führers Septizismus entgegenzubringen.

Schicksale hinter Schreibmaschinen.

Von Christa Anita Brück.

Ich fühle meine Kraft ausrinnen. Es ist nicht nur Murawski's engere Umkreisung, die an mir zehrt, nein, die mittellose, bis zum äußersten gespannte Reugier der andern kostet mich noch mehr.

Zimmer jüdringlicher und dreister lauern sie auf verhängliche Stumpen. Gegen Murawski werde ich mich weiter zu wehren wissen. Aber gegen den Verdacht, die hinterhältig heranziehende Verleumdung, bin ich wehrlos. Komme ich von einer längeren Besprechung aus Murawski's Zimmer, so bedeckt zweideutiges Lächeln jede Falte meiner Kleider durch. Blide fahren hin und her, verdächtig, bejahen, beweisen. Von morgens bis abends muß ich immerwährend auf der Hut sein. Ich bin so müde, so müde vom ewigen Kampf. Meine Arbeit gelingt nicht mehr recht.

Murawski, anfänglich überzeugt, Geduld und Schläue würde ihn zum Ziele führen, beginnt zu zweifeln. Und mit dem Zweifel wächst sein Grimm. Es reut ihn das hohe Gehalt, das ich bekomme. Zu sehr Kaufmann, um Ueberpreise zu zahlen. Die sich nicht rentieren, drängt er zur Entscheidung. Die Laubbheit, mit der ich seine Anzüglichkeiten übergebe, die Unbefangenheit, mit der ich aus jeder Verhänglichkeit entgleite, meine völlige Blindheit gegen sein niedriges Wesen, sie erschüttern den Glauben an seine Unwiderstehlichkeit. Er fürchtet, am Ende doch der Genarrte zu sein, und der Gedanke an eine neue und vielleicht verhängnisvolle Niederlage macht ihn groß.

Er hat keine Lust mehr, Komödie zu spielen. Darum läßt er sich gehen und zeigt sein wahres Gesicht. Das Gesicht eines Lüllings ordinärer Art. Er sieht, daß ich ihn verachte. Diese Er-

Wo sind die von den Kommunisten gesammelten Streifgelder?

Es fehlt der Ausweis über K 121.336,45

Wir haben gestern einer Zuschrift Raum gegeben, in der ein Arbeiter den Nachweis führt, daß nicht die ganzen von den Kommunisten während des Bergarbeiterstreiks gesammelten Summen an die Bergarbeiter zur Auszahlung gelangten. Wir können heute noch einiges darüber erzählen.

In der „Internationale“ wird als das Gesamtergebnis der Sammlungen eine Summe von 301.087,05 Kronen genannt, im kommunistischen „Bergarbeiter“ jedoch nur 214.750,60 Kronen. Die Differenz beträgt demnach 86.336,45 Kronen.

Der Ausweis in dem Blatte „Der Bergarbeiter“ ist aber, wie der „Glückauf“ schreibt, nicht von der Zentralstreikleitung, bezw. deren Mitgliedern herausgegeben, sondern vom Bergarbeiterverband der kommunistischen Partei in Prag. Dieser Umstand beweist, daß die Mitglieder der Zentralstreikleitung — ohne deren Kenntnis der Ausweis im „Bergarbeiter“ erschienen ist — in die Verwaltung der Spenden keinen Einblick hatten, die Verwendung der Gelder nicht kontrollierten oder nicht kontrollieren durften, und daß der kommunistische Bergarbeiterverband, bezw. seine Führer (vor allem Malis) über die von der Zentralkasse für alle Bergarbeiter gespendeten Geldbeträge verfügten. Es bleibt also die Frage offen:

Warum hat die Zentralstreikleitung nicht selbst die von der Zentralkasse gespendeten Geldbeträge verwaltet, sie an die Bergarbeiter gerecht verteilt und nach Beendigung des „Streiks“ von unparteiischer Seite kontrollieren lassen, sowie darüber einen Ausweis veröffentlicht?

Die Mitglieder der Zentralstreikleitung mögen den Bergarbeitern darüber Rechenschaft ablegen, warum sie Malis, bezw. den kommunistischen Bergarbeiterverband mit den gespendeten Geldern, die für die Bergarbeiter bestimmt waren, haben manipulieren lassen und warum sie nicht dafür gesorgt haben, daß die 301.087 Kronen nach der Bestimmung der Spender auf alle Bergarbeiter aufgeteilt worden sind. Nach dem Ausweise des kommunistischen Verbandsblattes vom 20. Mai 1932 wären um 86.336 Kronen weniger eingezahlt worden, als in der „Internationale“ ausgewiesen wurden. Das ist ausgeschlossen. Denn die „Internationale“ würde nicht um 86.336 Kronen mehr ausgewiesen, als tatsächlich an Spenden eingezahlt wurden. In der „Internationale“ wurde die Summe der Spenden eher niedriger angegeben, als sie in Wirklichkeit ist.

Einwendungen gegen die Steuerzuschläge.

Noch keine Einigung. — Trapl beharrt auf der Vorlage.

Prag, 22. Juni. Den Schwerpunkt der parlamentarischen Verhandlungen bildeten heute die Beratungen des Ständerausschusses über die Zuschläge zur Einkommensteuer, die jedoch noch zu keinem Resultat führten. Gegen die rückwirkende Kraft der Vorlage sprach sich vor allem der Nationaldemokrat Dr. Podgá aus, der mit dem Finanzminister ziemlich scharfe Auseinandersetzungen führte.

kenntnis macht ihn wütend. Er rächt sich, indem er mich beleidigt. Holt bestimmt der Wunsch, mich zu vertreiben, und hold die Hoffnung, mich einreden zu können in das traurige Niveau der andern, sein Verhalten.

Die Phobus antwortet auf mein Telegramm, daß die Errichtung der Königsberger Zillise noch fraglich sei und sie zu ihrem Bedauern auch keine Verwendung für mich in Berlin habe.

Jugendliche, mit denen ich mich am vereinzelten in den Zeitungen auftauchende Stellenangebote bewerbe, kommen ohne Begleiterscheinung zur Arbeit. Der Arbeitsmarkt zeigt unverändert das gleiche trübe Bild: wenige billige Kräfte werden gesucht. In zahllosen Annoncen dagegen bieten Suchende ihre Dienste an.

Auf dem Arbeitsamt juckt man die Achseln. Durchhalten, bis bessere Zeiten kommen, ermahnt mich der junge Mann und fragt nach der Höhe meines Gehaltes. Er hört die Summe, und es fehlt nicht viel, daß er sich entrüstet. Für einen derartig hohen Verdienst könne man schließlich auch einige Unannehmlichkeiten mit in Kauf nehmen. Ach, du lieber Gott, wie viele würden für den vierten Teil meines Gehaltes gern mit mir tauschen!

Ich lege mir einen Plan zurecht. Im Reich ist die Arbeitslage nicht ganz so trostlos. Wenn ich noch einen vollen Monat ausharre, kann ich so viel sparen, daß ich die Reise nach Berlin bezahlen und schlunnsensfalls eine dreiwöchentliche Arbeitslosigkeit durchhalten kann.

Der Entschluß gibt mir neuen Mut. Ich beschlicke mich blind und taub gegen alles zu stellen, was da kommen mag. Aber schon der nächste Tag soll der letzte für mich in der Hölle Murawski sein.

Die Stadthallen-Richtspiele haben den Befürger gewechselt. Auf dem Theater ruhen alle

Das kommunistische Bergarbeiterblatt hat daher um 86.336 Kronen weniger an Spenden ausgewiesen, als nach der kommunistischen „Internationale“ tatsächlich eingezahlt ist! Wo ist diese Riesensumme an eingezahlten Spenden hingekommen? Sie wurde doch von den öffentlichen Spendern für die „kämpfenden Bergarbeiter“ bestimmt! Haben sich die kommunistischen „Streikführer“ die 86.336 Kronen behalten und damit ihre Taschen gepickt oder liegen sie noch in dem geheimnisvollen „Kampffonds“ der Moskauer Adjutanten?

In dem kommunistischen Bergarbeiterblatt vom 20. Mai 1932 wird auf Seite 2 auch berichtet, daß die Bergarbeiter aus Deutschland, Frankreich und Belgien die Beiträge für die Streikenden schickten. Wieviel sie aber schickten, wird von dem Blatte verschwiegen. In dem ziffernmäßigen Ausweise stehen als „Ergebnis der internationalen Sammlungen“ nur 88.575 Kronen. Sollen sie vielleicht die mit viel Reklame hinausposaunte „internationale Solidarität“ ausdrücken? Von drei großen Ländern, wie Deutschland, Frankreich, Belgien, sind nur 38.575 Kronen gespendet worden? In der Tschechoslowakei allein wurden doch über 300.000 Kronen an Spenden eingenommen!

Wo sind die 35.000 Kronen hingekommen, die das internationale kommunistische Bergarbeiterkomitee überwiesen hat?

In der „Internationale“, Nummer 90, vom Freitag, den 16. April, wird in Fettdruck berichtet, daß das „Internationale Komitee der Bergarbeiter“ (Berlin) 35.000 Kronen zur „Unterstützung der Streikenden Nordwestböhmens“ überwiesen hat. Im Ausweise des kommunistischen Verbandsblattes sind diese 35.000 Kronen überhaupt nicht enthalten. Wir fragen daher den kommunistischen Bergarbeiterverband, wo diese 35.000 Kronen hingekommen sind und warum sie nicht an die „Streikenden Nordwestböhmens“ verteilt wurden, wie es das „Internationale Komitee der Bergarbeiter“ nach der „Internationale“ verfügt hat?

Schon aus den bisher angeführten Tatsachen geht klar hervor, daß der Ausweis falsche Ziffern enthält und daß in demselben einmal ein Betrag von 86.336 Kronen und ein zweiter Betrag von 35.000 Kronen, zusammen daher ein Betrag von 121.336 Kronen, der an Spenden für die Bergarbeiter eingelaufen ist, überhaupt nicht ausgewiesen wird.

Genosse Hadenberg besprach die Härten einer Rückwirkung namentlich für die Angestellten, die ihre Einkommensteuer als einzige im vorhinein abführen und die nun trotzdem vielleicht auf ihren Urlaub verzichten sollen, um nur die nachträglichen Zuschläge aufzubringen. Er warf mit allem Nachdruck die Frage auf, ob sich nicht doch ein Weg finden lasse, um derartige Härten zu vermeiden, bezw. den gewünschten finanziellen Effekt auf eine weniger harte Weise zu erreichen.

Der Vertreter der tschechischen Agrarier Dr. Cerny erklärte, seine Partei müsse sich über ihren Standpunkt zu der Vorlage erst noch schlüssig werden, während die Vertreter der tschechischen Sozialdemokraten und der Volkspartei die Erklärung abgaben, daß sie, obwohl sie sich

Abzweige. Bei einiger Gewandtheit wird es möglich sein, dem neuen Inhaber im Austauschverfahren die Juceltausführung der gesamten neuen Produktion geschlossen zu vermitteln.

Herr Gahner meldet sich telefonisch an. Murawski schaltet sich in unser Gespräch ein und überstürzt den Abnungsgespräch mit einem Schwall wider Worte. Die beiden kennen sich aus dunkler Vergangenheit.

Zunächst gibt es wieder unliebsame Erörterungen, weil ich mich weigere, nach Hause zu gehen und Herrn Gahners Besuch wegen ein Kleid mit kurzen Ärmeln anzuziehen. Murawski droht mit Entlassung, wenn ich nicht wenigstens zum Friseur gehe und mir das Haar ordnen lasse. Ich setze seinem Töben die größte Ruhe entgegen und behalte mein Haar so glatt, wie es eben ist.

Jede Erregung ist bei Murawski gleichzeitig immer eine erotische. An Tagen großer geschäftlicher Erregung hegt er sein Weibsbild mit doppelter Erbarmungslosigkeit. Es herrscht eine unheilvolle Ruhelosigkeit.

Gahner erweist sich zum Glück als ein behäbiger alter Knabe. Er hat ein entzückendes Jurantel im Genick, und ich bin sicher, daß dieses allein ihn schon Liebesunruh genug macht. Er läßt sich schweigend auf den angebotenen Stuhl fallen und kneuzt sich geräuschvoll die Nase. Nachdem er das Geschnuzte umständlich und sorgfältig im rotzornigen Taschentuch zusammenwickelt hat, wendet er sich meinen Büchern zu. Ich zeige ihm die alten Verträge, die auf recht hohe Lehmierten lauten. Er kratzt sich hinter dem behaarten Ohr, und ich glaube, nichts ist ihm in diesem Augenblick gleichgültiger als mein Kleid oder meine Frisur.

Einträchtig Seite an Seite sitzend, besprechen wir die Austauschmöglichkeiten, als Murawski zu uns stößt.

Er ist, von den vielerlei Widerständen in allen Instanzen aufgerührt, einzig besessen von

der schweren Belastung betruht seien, der Vorlage doch mit gewissen Änderungen ihre Zustimmung geben könnten. Gegen die Vorlage sprach sich der Landbündler Zierhut aus. Ihm ist vor allem die untere Grenze viel zu niedrig.

Diesbezüglich sind überdies inoffizielle Verhandlungen im Zuge, diese Grenze doch um einige Tausend Kronen nach oben zu verschieben.

Finanzminister Dr. Trapl hielt an der Vorlage unverändert fest. Er suchte darzutun, daß ja überhaupt die ganze Einkommensteuer rückwirkend sei. Die von Podgá vorgeschlagene Notabgabe für das zweite Halbjahr 1932, durch die eine Rückwirkung vermieden werden sollte, lehnt Trapl mit Rücksicht auf die zu große Belastung, die damit für die Steuerbehörden verbunden wäre, entschieden ab. Um seinen Standpunkt, daß die Vorlage eine Staatsnotwendigkeit sei, wirksam zu unterstreichen, gab Trapl dann eine vertrauliche Uebersicht über die Staatsgebarung für 1931 und über die Deckung des Defizits für 1932 bereits getroffenen oder in Aussicht genommenen Maßnahmen. Seine Rede soll morgen der Presse im Auszug zur Verfügung gestellt werden.

Wohnungsenquête beendet.

Die Wohnungsenquête über die ersten drei Kapitel der definitiven Wohnungsvorlage fand Mittwoch ihre Fortsetzung und zugleich ihren Abschluß. Nicht weniger als neunzehn Redner vorbestimmten in mehr oder minder sachlichen Ausführungen den Standpunkt ihrer Korporationen.

Für die ersten drei Kapitel in ihrer heutigen Form sprachen sich mit allem Nachdruck die Vertreter der Gewerkschaften aus. So Slavacek für das Odborové Sdružení, Senator Madrocek für den Zentralverband der tschechischen Genossenschaften und Genosse Weigl-Reichenberg, der namens der Zentrale der deutschen freien Gewerkschaften erklärte, daß diese ersten drei Kapitel wichtigen sozialen und kulturellen Interessen entsprechen und als wichtiger Fortschritt in der Wohnungsreform gewertet werden müssen.

Auch die Vertreter der Mieterverbände, die heute noch zu Wort kamen, schlossen sich dieser Argumentation vollinhaltlich an. Der Vertreter des böhmischen Landesauschusses Dr. Kubisa sprach sich für die Aufrechterhaltung der Wohnungskontrolle aus, wenn sie auch der Selbstverwaltung neue Lasten auferlege.

Zu den Gegnern der Vorlage, die sich aus Vertretern einzelner agrarischer Korporationen, der Bauernverbände, der Maurermeister usw. zusammenschließen, gestellte sich merkwürdigerweise auch ein Vertreter der Masaryk-Akademie der Arbeit, ein gewisser Ing. Hermann.

Das Ergebnis der Enquete wird Gegenstand der nächsten Beratungen des Wohnungs-Ständerausschusses sein, der jedoch erst wieder in der nächsten Woche zusammentritt.

Der Landesauschuss für Böhmen erledigte in seiner am 22. Juni abgehaltenen Sitzung außer laufenden Angelegenheiten 88 Gemeindefonds und bewilligte 100 Gemeinden die Einhebung von verschiedenen Abgaben und Gebühren; ferner lagte er 16 Bezirken eine Landesunterstützung in der Gesamthöhe von 1.900.000 K zum Bau von Bezirksstraßen zu; weiter bewilligte er Landesbeiträge zu Regulierungen und Meliorationen in der Gesamthöhe von 1.613.000 K, genehmigte den Beschluß der Zentralvertretung der Hauptstadt Prag betreffend den Beschluß einer kommunalen Anleihe im Betrage von 4 Millionen K bei der Zentralsparkversicherungsanstalt zum Ausbau des Krankenhauses auf der Bulhova und vergab schließlich Bau- und Maschinenarbeiten in den Landesinstituten für 235.000 K.

der Sier, zu heben und zu jagen und auf alle Fälle mein Weibsbild mit diesem Geschäft zu verknüpfen.

„Das kann dir wohl so passen“, begrüßt er den zunächst Verständnislosen, „so dichst neben einer hübschen Frau. Nimm dich in acht, du, die kann einem heiß machen.“

Gahner lacht verlegen und rückt an seinem Kneifer.

„Das sind aber Verträge hier“, gibt er zur Antwort. „Eber verkauf ich mein Theater wieder, als daß ich diese Schwarten abnehme.“

„Dann stell dich man gut mit dieser forschten Frau, die hat hier die Hosen an, versteht sie, zieh sie ihr runter, wenn du weißt, wie man so was zu machen hat. Siehste, sie wird schon rot, na, nun song du man nicht auch an mit Notworten. Ihr müßt ja eine Phantasie haben, Ihr beide.“

Gahner rückt, gezwungen lachend, ein Stückchen von mir ab. Wieder versucht er, das Gespräch von dem peinlichen Thema auf die Geschäfte zu lenken.

„Den Pat und Potachon will ich allenfalls übernehmen. Mutter, dein Kind ruff!“ mühten Sie mir erst mal vorführen. Aber mit den Amerikanern lassen Sie mich in Ruhe.“

Murawski legt sich über meinen Rücken, um mit in die Bücher zu sehen. Ich kann mich, ohne „sehen zu erregen, seiner unangenehmen Berührung nicht entziehen. Beim Umblättern der Seite stoße ich mit aller Kraft meinen Ellenbogen nach hinten.

Er richtet sich ächzend auf. Jetzt gerade!

„Also wenn du die Produktion abnimmst“, ächzt er mühsam ob des verhaltenen Schmerzes, „geschlossen, versteht sie, nicht bloß die besten Hosen, wie du dir das vielleicht denkst, wenn du den ganzen Ramsch auf einen Hieb übernimmst, hör zu, du, dann darfst du mit dieser Frau, sieh sie dir an, heute nacht mal ein bißchen ausgehen.“

(Fortsetzung folgt.)

Mieterschutz geht an den Senat. Vollzug der Agrarier.

Prag, 22. Juni. Das Parlament nahm heute nachmittags das Mieterschutzprovisorium auch in zweiter Lesung an. Angesichts des unbedingten Aufstehens, das ihre gestrige Abstimmung bei der ersten Lesung verursacht hatte, verstanden sich die tschechischen Agrarier heute doch dazu, soweit sie anwesend waren, einmütig für die Vorlage zu stimmen. Herr Dr. Polaš und ebenso Dubieck hatten es allerdings vorgezogen, sich von der Abstimmung rechtzeitig zu drücken.

Die sieben anwesenden Kommunisten stimmten wieder gegen die Vorlage; die deutschen Oppositionsparteien, Salenkreuzler, Deutschnationalen und Christlichsozialen waren bei der Abstimmung überhaupt nicht anwesend.

Die Vorlage geht bereits morgen an den Senat, der sie noch diese Woche verabschieden wird.

Um einige vom Senat bereits verabschiedete Regierungsentwürfe noch rechtzeitig fertigzustellen, wurde auch noch für morgen, Donnerstag, 15 Uhr eine Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses anberaumt, in der die Exekutive die Erneuerung des Gesetzes über den ausschließlichen Konsum inländischer Agrarprodukte durch öffentliche Aemter, Anstalten und sonstige Institutionen, und die Elektrifizierungsnovelle zur Verhandlung stehen.

Die kommunistischen Demonstrationstreiks im Baugewerbe elend verfrachtet.

Am 20. Juni sollte zum 10. und 11. Mal wieder einmal die Weltrevolution im tschechoslowakischen Maßstab bei den Bauarbeitern beginnen. Schon seit Anfang Juni wurde für einen (General?) Streik unebene Propaganda gemacht. In den größeren nordböhmischen Städten wurden teils des kommunistischen Industrieverbandes der Bauarbeiter in der vorigen Woche Massenversammlungen einberufen. Aber wer schon immer und auch diesmal nicht kam, das waren die Bauarbeitersmassen.

In Bohdenbach wurde die Sache besonders großzügig aufgemacht. Die Bauarbeiter von Tsch. Bohdenbach wurden mit Flugzetteln überschüttet. Trotz ungeheurer Reklame waren kaum dem Streikgeneral Turek ganze 16 Mann zur Massenversammlung erschienen.

In Teplic war man auf Grund der Propaganda der Meinung, daß die Kolonisten der Ritterburg für die kommunistische Versammlung die zu sein sind. Dem Kampf- und Einheitsfrontpropaganda folgten circa 70 Mann, darunter viele, die mit dem Bauwerke nichts zu tun hatten.

Der nun den „Vorwärts“ und seine diversen Kopfbilder liest, muß glauben, daß in Nordböhmen alle Bauarbeit streiken. Es werden eine ganze Reihe Orte aufgezählt, wo die Bauarbeiter in den Demonstrationstreik traten.

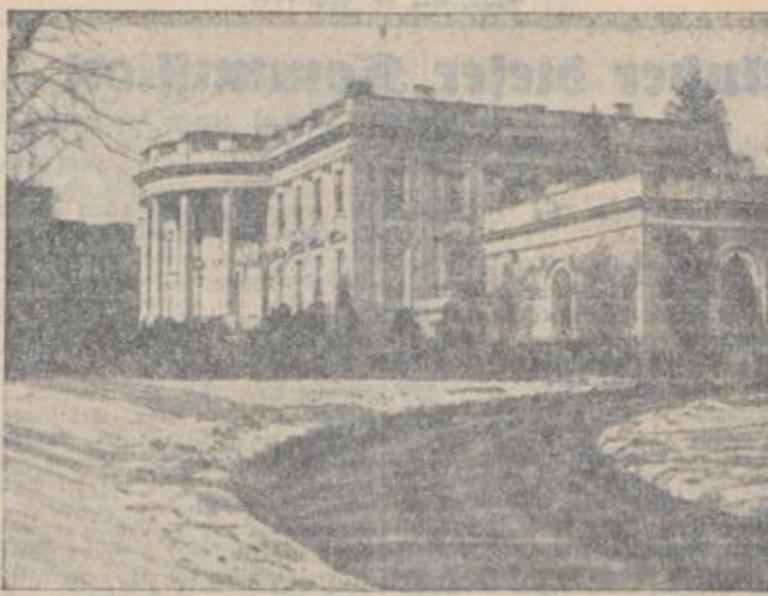
An der ganzen Ausschneiderei der Kommunisten ist allerdings kein wahres Wort. Trotzdem die Streikpläne für die Turek in vielen Gebieten infolge des Regens sehr günstig war, haben sie keine Rasse hinter dem Ofen herbeigelockt und sind die Demonstrationstreiks elendig verfrachtet. In Kuffig, wo es ziemlich regnete und so wie so niemand arbeitete, war die Streikversammlung am Abend so faul besucht, daß die Teilnehmer in der Schankstube der Kuffiger Turnhalle herrlich Blau fanden. In Leitmeritz trübte sich überhaupt nichts.

Auch in Prag wurden die Bauarbeiter zu Protestversammlungen mobilisiert. Der Besuch war im allgemeinen sehr mäßig, so daß eine ganze Reihe Versammlungen zu Sitzungen wurden. So waren in Lieben vier Mann, in Břevnov acht Mann zu den Demonstrationsoberammlungen erschienen. Kläglicher konnte das Fiasko der Kommunisten nicht mehr ausfallen. Die kommunistische Streikparole hat auf der ganzen Linie Schiffbruch erlitten.

Neues Staatsbürgerschaftsgesetz in Vorbereitung.

Das Innenministerium und das Ministerium für die Vereinfachung der Gesetze und der Verwaltungsorganisation haben im gegenseitigen Einvernehmen einen Regierungsentwurf über die Einbürgerung und den Verlust der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft vorbereitet. Der Vereinfachungs- und Reformcharakter hat und insbesondere darauf bedacht ist, Abstrich und Kumulierung der Staatsbürgerschaft möglichst zu verhindern. Der Entwurf wird in der nächsten Zeit dem interministeriellen Verfahren zugeleitet werden. (Amf.)

Vom Straßensatz. Die Minister Dastalek verteilte im Verkehrsministerium, hat der Straßensatz bisher rund eine Milliarde Kronen für Rekonstruktion anderer Straßennetze veranschlagt. So viel, als ursprünglich für das ganze Fünfjahresprogramm vom Jahre 1927 vorgesehen war. Die erhöhten Ausgaben erklärt der Minister damit, daß mehr schwere Straßennetze gebaut wurden, als vorgesehen, und überhaupt das ganze Programm stark geändert wurde. Heute sind die Pläne für Straßensatz fast auf die Hälfte gesunken. Die Kommission, die die Lieferungen vertritt, ist bereits durch Vertreter des Finanzministeriums und des Obersten Kontrollamtes erweitert worden. Bei den Straßensätzen wird fast ausschließlich inländisches Material verwendet; lediglich Asphalt wird aus dem Ausland bezogen.



Das Weiße Haus in Washington,

das von besonderen Polizeipatrullen bewacht wird, da man befürchtet, daß gegen es ein Attentat im Zusammenhang mit dem Auftreten der Veteranen in der Bundeshauptstadt verübt werden könnte.

Kommunisten verhindern proletarische Einheitsfront.

Rein Kampfbündnis mit der Sozialdemokratie gegen den Faschismus.

Wie wir gemeldet haben, haben am 9. Juni der Berliner sozialdemokratische Abgeordnete Kunze im Namen der sozialdemokratischen Partei, und Aufhäuser im Namen der Gewerkschaften der kommunistischen Partei das klare bündige Angebot gemacht, zumindest bis zum 31. Juni, den Tag der Wahlen, zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten einen Burgfrieden zu vereinbaren, um die ganze proletarische Kraft ungehindert dem Faschismus entgegenzusetzen.

Den Kommunisten, die jahrelang nach der Einheitsfront schrien, war nun die Gelegenheit gegeben, eine solche Einheitsfront wenigstens für ein paar Wochen herzustellen, um nicht die proletarischen Kräfte im gegenseitigen Kampfe zu verzetteln, sondern mit vereinten Kräften den Stoß gegen den Faschismus zu unternehmen.

Was haben nun die Kommunisten geantwortet? Sie lehnen die Einheitsfront ab. In einer Erklärung vom 20. Juni sagt die kommunistische Parteizentrale:

„Die Kommunisten erklären dabei ganz offen, daß sie nicht daran denken, den Parteien, mit deren Hilfe und durch deren Politik der Faschismus zur Macht gelangt, einen „Burgfrieden“ zu gewähren, wie es die S. P. D. und K. D. G. P.-Führer wünschen, weil sie um ihre Mandate zittern. Es gibt für die Kommunisten keinen „Burgfrieden“ mit Bewirtern und Feinden der Arbeiterklasse.“

Hafenkreuzpräsidium im Preußenlandtag.

Zentrum ermöglicht die Wahl Kerels. — Kein Sozialdemokrat im Präsidium.

Berlin, 22. Juni. Der preussische Landtag hat heute zum endgültigen Landtagspräsidenten den Nationalsozialisten Kerel mit den Stimmen der Nationalsozialisten und Deutschnationalen gewählt. Das Zentrum übte, trotzdem die Kommunisten vorher erklärt hatten, daß sie bedingungslos für die Kandidatur des Zentrums und der Sozialdemokraten eintraten würden, falls die Gewähr geboten werde, daß kein Vertreter der Nationalsozialisten und Deutschnationalen gewählt werde, Stimmenthaltung an und ermöglichte so die Wahl Kerels, auf den 197 Stimmen entfielen. Der bisherige Präsident Wittmaack (Sozialdemokrat) erhielt 91, der Kommunist Kasper 53 Stimmen.

Zum ersten Vizepräsidenten wurde in einer Stichwahl der Deutschnationaler von Kries mit 182 Stimmen gewählt; für den Sozialdemokraten Wittmaack wurden 174 Stimmen abgegeben. Die Wahl entschied die Kommunisten gegen Wittmaack dadurch, daß sie 52 ungültige Stimmen abgaben.

Der zweite Vizepräsident Baumhoff (Zentrum) wurde mit 184 Stimmen bei Stimmenthaltung der Nationalsozialisten gewählt. Er erklärte, daß er sich über die Annahme der Wahl erst nach der Wahl des dritten Vizepräsidenten entscheiden werde. Als zum dritten Vizepräsidenten von den Nationalsozialisten abermals ein Salenkreuzler namens Soale vorgeschlagen wurde, verließen Zentrum und Sozialdemokraten den Saal. Soale wurde dann mit 189 Stimmen gewählt.

Das Zentrum wird sich morgen entscheiden, ob bei dieser Zusammenkunft des Präsidiums ihr Vertreter Baumhoff das Amt des Vizepräsidenten überhaupt annehmen soll.

Ausbreitungen in Deutschland.

Frankfurt a. M., 22. Juni. (Tsch. P. B.) Trotz des vom Rektor der Universität erlassenen Verbotes versammelte sich heute vormittags vor der Universität eine größere Anzahl nationalsozialistischer Studenten und sang das Horst-Wessel-Lied. Aus einem Fenster der Universität hielt ein nationalsozialistischer Student eine An-

Weiters wird in dem Aufruf noch gesagt:

Die SPD. möge die SPD. nicht mehr angreifen! Das ist die Sorge der sozialdemokratischen und reformistischen Führer: Wir sollen nicht mehr die Arbeiter daran erinnern, daß es der Kandidat des SPD., Hindenburg, ist, der die Papen-Regierung aus Ruher berief, der das Reichsbannerverbot forderte, der jetzt keine Unterschrift unter die neuen Papen-Rotverordnungen setzt! Wir sollen nicht mehr die Arbeiter daran erinnern, daß es die Tolerierungspolitik der Sozialdemokratie für Pränung war, die den Hitler-Faschismus großwuchs, die der Faschisierung den Weg bahnte, die das heutige Papen-Regime in den Sattel hob!

... und so fort nach bewährter Methode! Diese Methode führt aber unmöglich zum Ziel. Denn gegen jede kommunistische Klage führt die Sozialdemokratie eine begründete Gegenklage, jede Beschuldigung von der einen Seite legt hundert Beschuldigungen auf der anderen Seite in Bewegung, und während über die Schuldfragen der Vergangenheit gestritten wird, verzerrt vielleicht unüberbringlich die letzte Gelegenheit der Gegenwart.

Die Kommunisten werden vielleicht noch zu der Tollheit fähig sein, daß, wenn die faschistische Faust ihnen schon noch der Kehle greift, sie mit dem Aufhebet des letzten Atemzuges noch rufen werden: Nieder mit der Sozialdemokratie!

sprache. Im Hof der Universität kam es zu Zusammenstößen mit kommunistischen Studenten. Zwei Studenten wurden so schwer verletzt, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Die Polizei verhinderte weitere Ausschreitungen. Die Vorlesungen wurden abgebrochen und das Universitätsgebäude vorläufig geschlossen.

Paris (Eldenburg), 22. Juni. (Tsch. P. B.) Hier kam es gestern abends anlässlich der Sitzung einer Hafenkreuzfahne auf dem Rathaus zu Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten mit der Polizei. Einige SA-Leute, die vor dem Rathaus aufgestellt nehmen wollten, wurden durch Flaschenwürfe erheblich verletzt. Im Laufe des Abends wurden bei Ueberfällen auf SA-Leute etwa 10 von ihnen verletzt, davon vier schwer.

Berlin, 22. Juni. (Tsch. P. B.) Am Südwesten der Stadt wurde gestern ein 19jähriger Nationalsozialist anscheinend aus einem kommunistischen Verkehrslokal heraus so schwer angeschossen, daß er kurz nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus starb.

Deutsche Kriegsschiffe in Danzig.

Polen verstimmt.

Danzig, 22. Juni. (Wolff.) Die polnische Regierung hat der Danziger Regierung heute die Absicht der deutschen Reichsregierung, deutsche Kriegsschiffe zu einem Besuch nach Danzig zu senden, amtlich übermittelt und gleichzeitig erklären lassen, sie habe durch ihren Gesandten in Berlin darauf aufmerksam machen lassen, daß sie den gegenwärtigen Augenblick für einen Besuch der deutschen Marine in Danzig aus mehreren ernsthaften Gründen nicht für angebracht erachte. Die polnische Regierung halte auch heute noch diesen Standpunkt aufrecht. Mit Rücksicht darauf wird sich der diplomatische Vertreter der Republik Polen, wie er der Danziger Regierung mitteilte, nicht an den Veranstaltungen anlässlich des deutschen Flottenbesuches beteiligen.

Die deutschen Schiffe werden Donnerstag um 8 Uhr 30 Minuten auf der Danziger Reede eintreffen.

Papens Griff nach der Pressefreiheit.

Unter den Bedingungen, die Hitler für die Tolerierung der Papen-Regierung stellte und die diese geradezu überflüssig zu erfüllen trachtet, befand sich auch die „Wiederherstellung der Pressefreiheit“, eine Redewendung, die im Munde einer Diktaturpartei von vornherein demagogisch und verlogen wirken muß. Mit seiner zweiten Rotverordnung, die am Freitag in Kraft trat, hat nun Papen „die Pressefreiheit wiederhergestellt“, das heißt, er hat jenen Punkt der früheren Verordnungen aufgehoben, auf Grund dessen die nationalsozialistischen Zeitungen verboten wurden, nämlich jenen Absatz, der von „Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Ordnung“ sprach. Von nun an sind Zeitungen u. a. auch deshalb zu verbieten, wenn durch ihre Schreibeise „wesentliche Interessen des Staates gefährdet werden“. Das wird der deutsche Faschismus, der eiserne Herold der Junkerregierung, gewiß nicht tun, sondern nur die in der Opposition stehenden proletarischen Antipartien, die nicht „national“ im Sinne der Komarilla sind, werden Staatsinteressen, Interessen eines faschistischen Zuchthausstaates, verletzen können. Was dieser Posten in der künftigen Entwicklung für die sozialistische Presse an Schikanen zu bedeuten haben wird, das läßt sich im Augenblick gar nicht abschätzen. Doch die neue Presseform hat in ihrer Auswirkung schon die Schatten vorausgeworfen. Wenn der Reichsinnenminister von Gahl bei seinem Rundfunkvortrag über die Rotverordnung sagte, die Reichsregierung habe sich bisher in Presseangelegenheiten zurückgehalten, so hat er sich damit nur die allgemeine Weiterheit gesichert. Es ist ja hinreichend bekannt, daß die maßstabsgemäßen Berichte über Papens Vergangeneit eine offizielle Verständigung an die Presse zur Folge hatten, die bei weiteren Veröffentlichungen über dieses Thema mit Unterdrückungsmaßnahmen drohte. Aus dem Verbot der „Sozialistischen Arbeiterzeitung“ ist in frischer Erinnerung.

Die reaktionären Herrschaften sind mit ihren bisherigen „Erfolgen“ aber noch nicht zufrieden, mit dem Essen kommt auch bei ihnen der Appetit, ihnen genügt es nicht, selbst jämmerliche Freiheit zu genießen, schon schreien sie offen nach einer Unterdrückung der Arbeiterpresse. So schreibt zum Beispiel die alldeutsche „Deutsche Zeitung“:

„Ebensowenig Daseinsberechtigung hat eine Presse, die heute Tag für Tag das nationale Deutschland mit Schmutz bewirft und dem Ausland in einer Weise in die Hand arbeitet, als ob wir noch in den Tagen des Umsturzes lebten.“

Wohin der Weg zu gehen hat, das zeigt uns das Danziger Beispiel: in der „freien Stadt“, wo man wirklich dringendere Aufgaben zu erfüllen hätte, hat eine deutschnational-nationalsozialistische Mehrheit in allem Weltstreit mit Pöbel die einzige sozialistische Zeitung des Gebietes gleich auf zwei Monate verboten.

Glücklich Wilhelm von Doorn, der solche Tage noch erleben durfte. wk.

Ein jüdischer Salenkreuzler.

Erst Kommunist, dann Anhänger Forsths, jetzt Salenkreuzlerischer Redakteur.

Das Pariser Blatt „Quotidien“ brachte jüngst einen Artikel seines ungarischen Berichtserstellers über den magyarischen Mitarbeiter Döfers, einen gewissen Holländer. Dieser Holländer ist im „Völkischen Beobachter“, dem Münchener Salenkreuzblott, tätig. Er war noch dem Kriege in Ungarn ein kleiner Beamter, wurde, als Bela Kun die Macht ergriff, Kommunist, und war in der Presseabteilung der Regierung beschäftigt. Er wurde auch damals mit einer diplomatischen Mission nach Holland geschickt, kam aber bald zurück und erzählte, daß er auf tschechoslowakischen Gebiete verhaftet, 40 Stunden eingesperrt worden sei und daß ihm sein Geld weggenommen wurde. Durch die tschechoslowakischen Behörden wurde aber festgestellt, daß Holländer, der zur Zeit seines Aufenthaltes in Ungarn Sollosi hieß, niemals in der Tschechoslowakei eingesperrt worden ist. Er hat das Geld, das dazu bestimmt war, die bolschewistische Propaganda in Holland zu unterhalten, einfach eingesteckt. Als Bela Kun gestürzt wurde, flüchtete sich Holländer in die Arme der Kontrevolution und wurde der vertriebene Vertreter des Antisemitismus, obwohl er jüdischer Abstammung ist. Kun hält ihn Hitler für würdig, für das Dritte Reich Propaganda zu machen.

Bodenzuteilung und Kommissation.

Das Parlament genehmigte gestern die Regierungsvorlage, durch die in Gemeinden, in denen eine Kommissation (Grundzusammenlegung) im Zuge ist, gewisse Erleichterungen bei der Verbüderung von Zuteilungen aus der Bodenreform geschaffen werden. Die Vorlage betrifft etwa zwei Dutzend märkische Gemeinden. Dort, wo das Kommissationsverfahren noch nicht so weit fortgeschritten ist, daß die baldige Richtigerstellung der Grundbücher erfolgen könnte, wird eine provisorische Eintragung der erfolgten Zuteilungen als Uebergangsstadium zugelassen. Die definitive Verbüderung soll binnen vier Jahren beendet sein. In der Vorlage sprach der tschechische Genosse Nedas, der überhaupt die unrichtige Bezeichnung der Verbüderung der Zuteilungen verlangte. Er trat weiter für eine umfassende Kommissation ein, durch deren allgemeine Durchführung man in der ganzen Republik 415.000 Hektar fruchtbarer Bodens gewinnen könnte. Außerdem würden durch die zweckmäßige Abwendung der einzelnen Besitze die landwirtschaftlichen Produktionskosten beträchtlich herabgesetzt werden.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Chaotische Handelspolitik steigert die Arbeitslosigkeit.

(NBB) Der wirtschaftspolitische Ausschuss des Völkerbundes hat eine interessante Studie über die Bedingungen des internationalen Handels der Gegenwart herausgebracht, die mit nicht zu übertreffender Deutlichkeit erkennbar macht, wohin der antarkt gefärbte Protektionismus, der die heutigen handelspolitischen Maßnahmen fast aller Länder kennzeichnet, bisher geführt hat. Die chaotischen Verhältnisse der Weltwirtschaft können nicht besser illustriert werden als durch die Aufzählung der Maßnahmen und Länder, die in den letzten Monaten durch letzten Endes vernichtende Maßnahmen glauben, die Krise der Weltwirtschaft in eigenen Lande neutralisieren zu können. Die handelspolitische Abschüttelungspolitik bediente sich neben dem Schutzoll der verschiedensten Mittel. Zur Außenhandelsregelung durch Devisenkontrolle griffen Deutschland, Oesterreich, Bulgarien, Dänemark, Estland, Griechenland, Ungarn, Lettland, Norwegen, Rumänien, Südschweden, die Tschechoslowakei und die Türkei. Das Mittel der Einfuhrkontingentierung wurde angewandt von Deutschland, Oesterreich, Belgien, Dänemark, Spanien, Frankreich, Griechenland, Ungarn, Italien, Norwegen, Polen, Rumänien, der Schweiz und der Tschechoslowakei. Letztlich und die Türkei gingen zum Außenhandelsmonopol über. Warenaustauschabkommen wurden getroffen zwischen Deutschland und Ungarn; Oesterreich und Rumänien; Bulgarien und Griechenland; Bulgarien und der Schweiz; Frankreich und Lettland; Norwegen und Sowjetrußland; Polen und Oesterreich; Ungarn, Bulgarien, Estland und Jugoslawien. Zum Zahlungsclearing gelangte Oesterreich mit Deutschland, Frankreich, Ungarn, Italien, Holland, der Schweiz und Südschweden; Ungarn mit Deutschland, Oesterreich, Belgien, Frankreich, Italien und der Schweiz. Frankreich hat solche Abkommen mit Estland und Lettland, die Schweiz mit Südschweden. Angesichts dieser handelspolitischen Hemmnisse und Erschwerungen, deren Ursache überwiegend in den krisenhaften Kredit- und Währungsverhältnissen zu finden ist, ist es kein Wunder, daß der Weltandel von Monat zu Monat weiter zusammenschrumpft. Als ein Maßstab kann die Tatsache dienen, daß im ersten Quartal 1931 der Weltexport an Industrieerzeugnissen um 24 Prozent zurückgegangen ist. Offenbar glaubt der Völkerbundsschluß, daß die Länder diese Maßnahmen ergreifen, um die Arbeitslosigkeit zu vermindern. Anders kann man es nicht verstehen, wenn er sich große Mühe gibt, das Gegenteil nachzuweisen, daß nämlich ein gleichmäßiger Zusammenhang zwischen abnehmender Ausfuhr und steigender Arbeitslosigkeit besteht. So interessant im einzelnen der statistische Nachweis dieser langst bekannten Reuefolge ist, so wenig ist damit für die Krisenbekämpfung getan.

Die durch den Rückgang der handelspolitischen Maßnahmen verschärfte Krise hat es bereits zuwege gebracht, daß der Export im Jänner 1932 verglichen mit den Ergebnissen vom Jänner 1930 in einzelnen Ländern bis zu 70 Prozent zurückgegangen ist, so in Spanien und Ungarn. Südschweden verzeichnet 65 Prozent Rückgang, die Vereinigten Staaten von Nordamerika 63 Prozent. Rund die Hälfte und mehr Ausfuhrerlöse hatten Deutschland, Oesterreich, Frankreich, Großbritannien, Polen, die Schweiz, die Tschechoslowakei, Kanada, Japan und die Südschweden.

Entsprechend groß sind die Einfuhrbeschränkungen, bei denen Deutschland innerhalb dieser beiden Jahre mit 66 Prozent Importrückgang den Rekord hält. Mit rund 60 Prozent und mehr Importdrosselung folgen dicht auf Spanien, Ungarn, Polen, Rumänien, Südschweden, die Vereinigten Staaten und Kanada. Das Ansteigen der Weltarbeitslosigkeit von 15 auf fast 30 Millionen findet darin mit seine Erklärung.

Der Streit bei der größten Webfabrik Nordmährens beleuchtet. Am 1. April 1. J. kündigte die Firma Salpeter in Röhren-Schönberg dem Verband der Holzarbeiter, Drechsler und verwandter Berufe, die Reichenberg, den bestehenden Lohn- und Arbeitsvertrag. Bei der Ende April stattgefundenen Lohnverhandlung beharrte die Firma auf einen 12-prozentigen Lohnabbau. Die vom Verbande und der Arbeiterschaft vorgebrachten Vorschläge wurden von der Firma abgelehnt, so daß die Belegschaft gezwungen war, am 9. Mai in den Abwehrkampf zu treten, der durch seine Geschlossenheit mühselig geführt wurde. Die von der Bezirksbehörde in der sechsten Woche eingeleiteten Lohnverhandlungen fanden am 16. und 17. Juni statt und führten zu dem Ergebnis, daß ein neuer Lohn- und Arbeitsvertrag zum Abschluß gelangte, dessen Laufdauer bis Ende Dezember 1932 festgelegt ist. Ab dieser Zeit untersteht er einer einmonatlichen Kündigung. Der von der Firma geplante Lohnabbau konnte um zwei Drittel abgewehrt werden. Die Lohnabschneidungen für das Jahr 1933 betragen 6 bis 10 Tage. Vergleichen sind die Überstunden mit 50 und 100 Prozent höher zu entlohnen. Das Verhandlungsergebnis wurde von der Belegschaft angenommen, worauf dann am 20. Juni die Arbeitsaufnahme erfolgte. — Zum Kampf selber wäre zu bemerken, daß auch die Kommunisten in ihrer Presse verurteilten eine bestehende Tätigkeit unter der geschlossenen Arbeiterschaft, die im Kampfe stand, einzuleiten, was ihnen aber nicht gelungen ist. Die im Kampfe und in der Arbeiterzeitung erschienenen Artikel

forderten keinen Anschlag bei der Arbeiterschaft. Dem Kommunismus wäre es lieber gewesen, der Kampf hätte einen Zusammenbruch erlitten, wie die Kämpfe, die bisher von ihnen geführt worden sind. Die über die Firma verhängte Sperre wird hiermit aufgehoben.

Überstundenarbeit im Mai 1932. Nach den vorläufigen Daten des statistischen Staatsamtes wurden im Mai 31 (im Mai 1931 106) Bewilligungen erteilt, und zwar 28 (183) Betrieben für 265 (22.006) Arbeitnehmer, von welchen 840 (2188) an

der bewilligten Arbeitsstundenarbeit teilnahmen. Durch die Bewilligungen wurden 98 (229) Wochen in einer Gesamtdauer von 28.601 (309.112) Arbeitsstunden, d. i. 2075 (28.639) Arbeitsstunden gewonnen. Von der Gesamtzahl der im Mai bewilligten Stunden wurden im selben Monat 21.001 verwendet und der Rest von 7600 entfällt auf die nächsten Monate. Von der Gesamtzahl der erteilten Bewilligungen entfallen auf die Textilindustrie 35 Prozent, von den übrigen Klassen erreicht die meisten Bewilligungen die Bekleidungsindustrie, und zwar 23 Prozent.

Der Aufruhr in Chile.

Von H. Hoffmann.

In den letzten Tagen wurde die europäische Öffentlichkeit durch Meldungen über eine sozialistische Revolution in Chile überrascht. Man steht diesen Meldungen sehr skeptisch gegenüber, denn erstens hat man bisher sehr wenig von einer sozialistischen Arbeiterbewegung Chiles gehört — im Parlament besaß sie bisher keinen Vertreter —, zweitens pflegt man die operativen südamerikanischen Revolutionen, deren Ergebnis meist die Ersetzung der alten Offiziersclique durch eine andere ist, überhaupt nicht ernst zu nehmen. So berechtigt gewiß die Skepsis gegenüber dem Verlauf der chilenischen Revolution ist, — die weitere Entwicklung unter Führung von Grove stößt bereits auf Widerstände im Militärkreise, — so ist sie doch als sehr bedeutames Symptom zu bewerten.

Der südamerikanische Kontinent war während des letzten Jahrzehnts die große Hoffnung des imperialistischen Kapitalismus; hier gibt es die größten Rohstoffreserven der Welt überhaupt, hier gibt es noch Möglichkeiten einer großzügigen Kolonisation, hier gibt es billige Arbeitskräfte. Eine stets wachsende Literatur wies auf die großartigen Perspektiven dieses Erdteils hin. Südamerika war seit dem Weltkrieg das Hauptexpansionsfeld des nordamerikanischen Imperialismus. Ueberdies hier früher der Einfluß des englischen Kapitals, dem in großen Abstand das deutsche Kapital folgte, so wächst jetzt der Einfluß der Vereinigten Staaten, deren Kapitalanlagen heute beinahe die Höhe der englischen erreichen. Allein in den Jahren 1924 bis 1928 investierten die Vereinigten Staaten in Südamerika über vierhundert Millionen Dollar, d. i. mehr als dreimal so viel als England. Der Panamerikanismus war auf dem Vormarsch. Heute ist Südamerika neben Mitteleuropa das Hauptkrisenzentrum. Die ungeheure Ausweitung der Rohstoffproduktion hat jene Rohstoffkrise ausgelöst, die den Aufsturz zur Weltwirtschaftskrise bildete, die neuen Industrien stießen in der Krise überall auf Einfuhrbeschränkungen, die großen Investitionen erweisen sich nun meistens als Fehlinvestitionen. Die wirtschaftliche Lage der südamerikanischen Staaten wird außerordentlich verschärft durch die Tatsache, daß der Wohlstand dieser Länder meist auf der Produktion von ein oder zwei Stapelprodukten beruht, so in Brasilien der Kaffee, in Venezuela das Erdöl, in Bolivien das Zinn, in Chile Salpeter und Kupfer; am günstigsten ist noch die Lage Argentiniens. In der Krise geht der Absatz dieser Produkte rapid zurück, aber das fremde Kapital will seine Verzinsung. Die hohen ins Ausland fliehenden Zinsen stehen in traktantem Widerspruch zur eingetretenen Verarmung der Bevölkerung, der Widerstand gegen das fremde Kapital wächst, gegen die anglo-amerikanische Finanzherrschaft bildet sich ein latein-amerikanischer Block. Die erfolgreiche spanische Revolution hat diesen Prozeß wesentlich gefördert, die Gemeinsamkeit der Sprache und Kultur stärkte das iberio-amerikanische Bewußtsein. Speziell von Chile gingen in den letzten Jahren Bekämpfungen nach Schaffung eines autarken südamerikanischen Wirtschaftsgebietes aus. Diese Bestrebungen scheitern allerdings vorläufig an dem Mangel eines ausgeprägten Verkehrsmittels.

Auch die soziologischen Voraussetzungen einer Befreiung Südamerikas sind ungünstig. Wohl gibt es hier keine Klassenkämpfe, die romanischen Völker kannten nie den anglo-amerikanischen Klassenkampf, aber die Kulturstufe der Bevölkerung ist noch sehr niedrig. Die Landwirtschaft trägt noch immer ein feudales Gepräge, während die Städte ein großes Lumpenproletariat beherbergen. Die politisch entscheidende Schicht ist darum überall das Militär, ob es nun offen diktatorisch herrscht, wie in Argentinien und Brasilien, oder seine Herrschaft mit einer parlamentarischen Kruppe verziert. Die jeweils oppositionelle Offiziersclique predigt nun wohl den Kampf gegen das fremde Kapital, kaum ist sie aber zur Macht gelangt, pflegt sie mit dem fremden Kapital ihren Frieden zu schließen. Was übrig bleibt, ist der Kampf gegen den eingewanderten Arbeiter; alle südamerikanischen Staaten haben in der letzten Zeit scharfe Absperungsmaßnahmen getroffen.

Chile ist der kleinste der drei auf dem südamerikanischen Kontinent führenden ABC-Staaten (Argentinien, Brasilien, Chile), mit etwa vier-einhalb Millionen Einwohnern. Es zerfällt wirtschaftlich in zwei Zonen, die nördliche Bergbauzone und die südliche landwirtschaftliche. Es ist heute eine ausgesprochene Kolonie der Vereinigten Staaten, deren Kapitalanlagen etwa siebenhundert Millionen Dollar betragen, während sich die englischen Kapitalanlagen auf dreihundertdreißig Millionen Dollar belaufen. 90 Prozent der Ausfuhr entfällt auf

Salpeter und Kupfer, die Kohlengruben befriedigen den heimischen Bedarf, der Export scheitert an der Verdrängung der Kohle durch das Erdöl. Die Salpeterproduktion wurde vor einigen Jahren straff kartelliert und unter staatlicher Mithilfe in der Gesellschaft Cojach mit einem Kapital von 375 Millionen Dollar zusammengefaßt. Die Cojach wird von dem mit dem Bankhaus Morgan arbeitenden nordamerikanischen Sugarbeheim-Konzern beherrscht, der auch einen großen Teil der chilenischen Kupferproduktion kontrolliert. Die damals amtierende Regierung hauer war nichts anderes als eine Agentur des nordamerikanischen Kapitals von Morgans und Suggenheims Gnaden. Durch ein neues Verfahren wurde die Salpeterausbeute wesentlich erhöht.

Die chilenische Landwirtschaft hat dank der Wassergesetzgebung noch immer feudalen Charakter. Der Weizenanbau ist abhängig von künstlicher Bewässerung und das Gesetz bestimmt, daß der Staat ein Drittel der Bewässerungskosten trägt, die Anlagen bleiben aber im Besitz der Privaten. Da die Bevölkerung zur Bildung von Wassergenossenschaften noch nicht reif ist, wird durch dieses System die Herrschaft des extrem wirtschaftenden Großgrundbesitzes gestärkt und die Armut und Unwissenheit der Landarbeiterschaft stabilisiert. Die Arbeiterbewegung erfaßt darum nur die Bergbaugebiete und die großen Städte. Die stärkste Gewerkschaftsorganisation war 1928 der Rote Gewerkschaftsinternationale angeschlossene Arbeiterverband mit 135.000 Mitgliedern. Es handelt sich aber nicht um eine marxistisch-kommunistische Arbeiterbewegung, die Arbeiterschaft ist vielmehr durchdrungen von syndikalistischen Gedankenansätzen, die wir bei den Arbeitern romanischer Nationen so häufig antreffen. Noch stärker anarchistischen Charakter tragen die J. W. B., die besonders Seelen- und Hofenarbeiter erfassen. Die Regierung Sanez hat die revolutionären Gewerkschaften schamlos unterdrückt.

Beide chilenischen Exportprodukte, Kupfer und Salpeter leiden unter dem Druck der Wirtschaftskrise. Beim Salpeter handelt es sich aber nicht um eine konjunkturell durch die Agrarkrise bedingte Erscheinung, sondern auch um eine Strukturkrise, hervorgerufen durch die Konkurrenz des künstlichen Stickstoffs. Ob die synthetische Stickstoffgewinnung der natürlichen technisch überlegen ist, ist noch strittig, aber diese Frage ist nicht entscheidend. Der Stickstoff dient nämlich nicht nur der Kunstdüngerproduktion, sondern auch der Munitionserzeugung, es sind Rüstungszwecke, denen der wachsende Stickstoffprotektionismus dient. Im Jahre 1930 war die chilenische Handelsbilanz zum erstenmal passiv; da aber die großen Zahlungen an das Ausland weitergehen mußten, erreichte die Zahlungsbilanz das bedrohliche Passivum von 372 Millionen Pesos. 1931 wurde zwar ein kleines Aktivum der Handelsbilanz erzielt, die Zahlungsbilanz blieb jedoch stark passiv. Die Folge war, daß der Gold- und Devisenbestand von 415 Millionen Pesos im September 1930 auf 175 Millionen im Jänner 1932 zusammenschrumpfte; der Peso wurde entwertet. Chile betreibt seit August d. J. eine strenge Devisenkontrolle, durch die nicht nur die Lebenshaltung erheblich verteuert wurde — ausländische Produkte stiegen um 100 bis 130 Prozent im Preis —, sondern auch viele Industriezweige unrentabel wurden. Auch die Staatsfinanzen sind von der Exportkrise schwer betroffen worden, denn 57 Prozent der Staatseinnahmen entfielen auf Zölle. Die Drosselung der Staatsausgaben erbitterte die Beamtenschaft, die Einführung neuer Steuern die übrige Bevölkerung. Der Diktator Sanez wurde im Juli 1931 nach sechsmonatiger Herrschaft abgesetzt, aber sein Nachfolger Matoro erwies sich gleichfalls als gefügiges Werkzeug des nordamerikanischen Kapitals. So wuchs die Erbitterung, bis es jetzt zu einer neuen Revolution kam, die über eine größere Resonanz in den Massen verfügt als frühere südamerikanischen Revolutionen.

Das Schicksal der jetzigen Revolution ist noch ungewiß. Wird sie die Macht behaupten können? Werden sich die gegenwärtigen Machthaber verlässlicher erweisen, als man sonst bei südamerikanischen Revolutionen gewohnt ist? All das ist ungewiß. Auch über das Programm der Regierung kann man sich noch kein klares Bild machen; aber bedeutend ist schon, daß sie überhaupt ein Programm besitzt und daß es an den entscheidenden Punkten einfaßt: an der Verstaatlichung des Bergbaus, an der Brechung der Macht des Bankkapitals, der Großgrundbesitzer und des Klerus. Die Kapitalistenklasse, besonders die nordamerikanische, wird nervös, sie befürchtet ein Uebergreifen der Revolution auf die übrigen lateinamerikanischen Länder. Mit Beforgnis stellt

Haben in Ihrer Gemeinde schon alle Funktionäre ihr kommunalpolitisches Blatt?



In vielen Gemeinden wurde schon beschlossen, allen Gemeindefunktionären, ohne Unterschied der Partei, ein kommunalpolitisches Organ nach freier Wahl des betreffenden Funktionärs, auf Gemeindefunktionäre zugestellt. Ein dazugehöriger Beschluss ist zweifellos sehr wichtig, weil es eine Aufgabe der kommunalen Verwaltung ist, für die Schulung der tätigen Gemeindefunktionäre zu sorgen und ihnen wenigstens einen kleinen Teil der zu ihrer ständigen Information nötigen Besetze zur Verfügung zu stellen.

Genossen! Wenn in eurer Gemeinde ein dazugehöriger Beschluss noch nicht besteht, so stellt einen diesbezüglichen Antrag!

Jedem sozialdemokratischen Gemeindefunktionäre sein Blatt. „Die Freie Gemeinde“.

Es ist fest, daß es ähnliche Strömungen in Peru, in Ecuador, in Brasilien gibt. Der ökonomische Imperialismus stößt in seinen wichtigsten Expansionsgebieten, in Ostasien und in Südamerika, auf wachsende Schwierigkeiten. Wir müssen die Arbeiterklasse vor einer Ueberwältigung der chilenischen Ereignisse, die vielleicht nur eine Episode bleiben werden, warnen. Der Siegeszug des Sozialismus wird seinen Ausgangspunkt nicht in diesem rückständigen südamerikanischen Land nehmen. Aber wir sollen die Symptome der neuen Entwicklung auch nicht unterschätzen. Die Befürchtungen der Bourgeoisie mögen unbegründet sein. Um so mehr Anlaß für das europäische und amerikanische Proletariat, die Zeichen der Zeit zu verstehen und dafür zu sorgen, daß diese Befürchtungen sich bald erfüllen.

Eine amerikanische Jugend.

Mit jener sanftmütigen Wahrheitsliebe und magischen Kraft, die auch seine anderen Bücher auszeichnen, erzählt der hervorragende amerikanische Dichter Theodore Dreiser nunmehr in dem soeben im Paul Jolnag-Berlag, Wien, erschienenen Werke „Das Buch über mich selbst“ mit epischer Breite seine Lebensgeschichte. Nicht die Zeit seiner Reife, seine Entwicklung und seiner Kämpfe als sozialer Schriftsteller macht er zum Gegenstand seiner Darstellung, die gewiß einem weiteren Bande seiner Erinnerungen vorbehalten bleibt, er berichtet hier nur über seine Jugend bis zu dem Tage, da er eine Tat that, die ihn erkennen läßt, daß seine eigentliche Jugend zu Ende ist. Der umfassende Bericht Dreisers, in den er viel Nadeln einstreut, ist eine Lebensgeschichte von reichhaltiger Kraft und rücksichtsloser Offenheit. „Ich weiß“, sagt der Autor einleitend, „daß der gewöhnliche Eiertitel häufig große Schmerzen empfindet, das Gewebe von Begierden, Gefühlen und Beziehungen, in das er hineingestellt wurde und das seine ersten Bestrebungen, oft auch seinen Plan im Leben und in der Gesellschaft bestimmt, zu erschauern. Ich will hier sogleich sagen, daß ich mich durch dieser Gedanken und Empfindungen nicht gebettet fühle.“ Im Streben, die Wahrheit zu geben, ist Dreiser von größter Rücksichtslosigkeit gegen sich, aber auch gegen alle anderen Menschen. In Terre Haute geboren, ist er der Sohn eines aus Deutschland stammenden Vaters. Seine Mutter war eine Farmers-tochter aus Pennsylvanien, an der er mit größter Liebe hing — er hat ihr, der so hoch Verehrten, in dem Buche ein Denkmal gesetzt: „Wie wunderbar erschien sie uns allen! Ein Licht, ein Traum, ein Ansporn war sie uns, eine Frau, deren Andenken auch jetzt noch in uns fortlebt und uns das Leben veredelt.“ Nach drei frühverstorbenen Kindern brachte diese Frau noch weitere zehn zur Welt, von denen das jüngste Theodore Dreiser war. Einige dieser Söhne und Töchter gerieten auf Abwege, die Jugend Dreisers ist eine von Rot und Elend umhüllte und doch reich und nicht ohne Schönheit. „Kommt, laßt uns der Jugend einen Akt errichten und vor dem jaspinen Meer der Zeit die leuchtendste Flamme der Erinnerung entzünden! Was schadet es, wenn der Boden mit den welken Blättern des Sterbens bedeckt ist, wenn in der Erde zerbrochen und vergessen die Särden und Ueberbleibsel vieler Menschenleben liegen? Jugend und Frühling sind ewig!“ Hart und entzündungsvoll war sein Lebenlauf, sein Vater tyrannisch und bigot, doch dieser reichbegabte Junge baut sich in seinem Innern eine bessere Welt auf und ist voll des besten Verlangens, zu lernen und emporkommen. Nach sechs Jahren verläßt er doch bald die sozialen Unterschichten zu begründen, denn das Leben läßt ihn hart an, er muß wie andere Proletarier bald nach Arbeit suchen, wird Zeitungsausreißer, später u. a. Zerkleinerer, Dienstreuer und Kampfanführer in einer Eisenhandlung. Er darf einige Zeit ein Kollege besuchen, erlebt wieder einen schlimmen Mißfall und wählt um völliger sich trotz seiner Besorgnis sein Köpfele. . . . Mit strengster Selbstanalyse legt er an alles, auch an sein erwachendes Bewußtsein die kritische Sonde und er macht er sich Gedanken über Armut und Reichtum und bald gelangt er zu der Ueberzeugung, daß eine vernünftige Organisation der Gesellschaft es möglich machen würde, das Los der Menschen zu erleichtern. In seiner Schamhaftigkeit ist das Buch Dreisers, diesem Bande man mit gespannter Erwartung entgegensehen wird, ein wichtiges und im höchsten Maß interessantes Zeit- und Kulturdokument. —

PRAGER ZEITUNG.

Arbeitsloser wird zum Räuber.

Ueberfall auf eine Beamtin.

Gestern vormittags wurde die Advokatur-Beamtin Marie Parich, nachdem sie am Schick am 11000 Kronen bedoten hatte, in einem Hause der Breitenstraße von einem unbekannten Mann überfallen, der ihr die Tasche mit dem Geld entriß und flüchtete. Auf die Distrikts der Ueberfallenen verfolgten ihn einige Passanten. Er wurde eingeholt, von einem Polizisten festgenommen und auf das Polizeikommissariat in der Skalovagasse gebracht. Dort wurde in ihm der 27jährige beschäftigungslose Bader Rudolf Botocel aus Brezová Jägerpfecht. Das genaue Geld wurde bei ihm gefunden und der Beraubten zurückgestellt. In den Taschen des Botocel wurde eine Flasche mit Chloroform gefunden. Daraus ist ersichtlich, daß Botocel den Ueberfall vorbereitet hatte.

Ein Prager Jugendgenosse ertrunken. Wie die „Arbeiter-Zeitung“ berichtet, hat Sonntag eine Gruppe von Wiener Jugendgenossen einen Badeausflug nach Klosterneuburg unternommen. Am Nachmittag ließ sich eine kleine Gruppe im Post über eine Wasserstelle nach einer Sandbank überlegen und dieser hatte sich der in Prag seit mehreren Jahren wirkende und in der sozialistischen Jugendgruppe II organisierte Genosse Fred Adelar, ein Holländer, angeschlossen. Als nun die Jugendlichen nach einiger Zeit wieder zum Lagerplatz zurückkehren wollten, veruchten der zwölfjährige Karl Gerbold und der zehnjährige Stephan Novotny eine tiefere Stelle zu durchwaten oder zu durchschwimmen. Dabei blieb Gerbold an einer Wurzel hängen und rief um Hilfe. Adelar sprang ins Wasser, um dem Knaben zu helfen, doch hatte sich dieser indessen schon selbst herausgearbeitet und schwimmend das Ufer erreicht. Im gleichen Augenblick geriet aber auch Novotny in Bedrängnis. Adelar ergriff ihn und wollte ihn schwimmend ans Ufer bringen. Der Knabe klammerte sich aber krampfhaft an den Hals des Holländers und dieser sank laullos unter. Nun sprangen ein Badegast und der Fischer Josef Zapletal ins Wasser und konnten den jungen Novotny retten. Der unter Wasser treibende Körper des bedrängten Adelar wurde geborgen. Die an Ort und Stelle und dann im Klosterneuburger Krankenhaus vorgenommenen Wiederbelebungsversuche hatten keinen Erfolg; der Tod war durch Herzschlag eingetreten. Der auf so tragische Weise umgekommene Jugendgenosse war seit längerer Zeit in unserer Jugendorganisation tätig und beteiligte sich an allen Arbeiten seiner Gruppe. Insbesondere hat er Wanderungen unserer Jugendlichen und das letzte Winterlager mitorganisiert. Die Mitglieder unserer Jugendgruppe werden den auf so tragische Weise ums Leben gekommenen nicht vergessen!

Der Abend der Prager deutschen Bühnenkünstler im Waldsteinpalais am Dienstag war heillos verregnet, so daß leider der soziale Zweck, die Aufführung des Pensjonsfonds, diesmal nicht erreicht wurde; umso mehr aber bleibt dies für den Donnerstag, der eine Wiederholung der Veranstaltung bringt, zu erhoffen. Denn schon vorgestern wurde die Erhebungsarbeit der Mitwirkenden aller Ungemüßlichkeit Herr, die das Weiter in die Salla terrena zu schiden versuchte. Dort unterhielt sich ein trotz allem zahlreiches Publikum ausgezeichneter bei einer hauptsächlich von Leitgeb, Taus und Padlesal gestellten Vortragsparodie, über die bei intimer Kontakt sehr wichtige Komik Dubels und bei allen anderen Darbietungen. Das Programm, zu dem unter anderem noch Dandler, Frau Keller und Frau Lord Treffliches beisteuerten, wird am Donnerstag bei erwünschter helterem Himmel sicherlich noch ganz anders und in vollem Umfange abrollen. Also dürfte dem freundlichen Abend am Dienstag heute auf der „Rekennung“ und bei „Sängerkrieg“ eine stühliche Nacht folgen.

Für die Prager Telephonabonnenten! Die Telephonverwaltung ersucht die Telephonabonnenten, die Rechnungen für Telephongespräche in eigenem Interesse längstens binnen sieben Tagen nach Erhalt zu begleichen. Den in die Sommerfrische Abreisenden empfiehlt die Telephonverwaltung, für einen herausragenden Vertreter Vorzeige zu treffen, der für sie die Telephonrechnungen übernehmen und rechtzeitig bezahlen wird.

Gerichtssaal

§ 144.

Die Kunst der gewerblichen Abtreiberinnen.

Prag, 2. Juni. Vor dem Senat des OGH. Kaplan fanden an einem Tag zwei aufeinanderfolgende Verhandlungen statt, die beide Anklagen nach dem Fruchtbarkeitsparagrafen zum Gegenstand hatten. Die Hauptan-gelagte in jedem der beiden Fälle ist eine Schwamme, außerdem sind noch die beiden hilfe-suchenden Frauen angeklagt. Der Sachverhalt ist der übliche und soll hier nicht nochmals wiederholt werden. Was die Prozesse bemerkenswert macht, sind die Personen der angeklagten Schwammen. Beide kennen wir aus einem anderen Kriminal-fall. Sie sind als Zeuginnen in dem Prozeß der

im vorigen Jahr zu fünf Jahren schweren Kerfers verurteilten berühmten Engeli-macherin und Kinderhändlerin Rosa Kovy aufgetreten, wurden von dieser selbst be-lastet und belasteten sie ihrerseits wieder. Mon-ohne damals in diesem Prozeß eine unheimliche, unfaßbare und nicht nachweisbare Zusammenarbeit der dunklen Elemente, die im Schatten des § 144 aus den Blutproben geheimer Proletarierkinder Vermögen zusammenscharen.

Man weiß, daß das Blutgericht dieser Sam-pire nicht auf die Spitze des § 144 beschränkt ist. Das grauenhafte Handwerk greift auch auf andere krimi-nelle Gebiete kapitalistischer Sozialnot über. Die Spezialistinnen des Kinderhändlers und ver-fälschten Kinderermordes sind oft identisch mit den berufsmäßigen Abtreiberinnen. Es schlägt ja ins Fach. Unbegreiflich bleibt freilich, wie Individuen, die wegen verachteter Verbrechen vorbestraft sind, unter den Augen der Polizei ihr Schandgewerbe fortsetzen und sogar durch Inzerte Kundinnen werden können, bis man sie wieder einmal auf einige Monate einsperrt, um sie dann aufs Neue auf die Witwenbänke loszulassen. Wann werden wir hier eine durchgreifende ge-richtliche Regelung erleben? —

Die Schwamme Tomackel wurde nach durch-gesührtem Verfahren zu einem Jahr schweren Kerfers verurteilt, natürlich unbedingt, denn sie hat manderlei auf ihrem Gewissen. Die Sache der beiden Angeklagten Koval mußte vertagt werden. Mit der Befestigung des Schandpara-graphen wird auch das von ihm großgejuchete Schandgewerbe verschwinden. rh.

Leichtgläubigkeit ohne Ende.

Prag, 2. Juni. Die Beispiele unverantwort-licher Leichtgläubigkeit, die Tag für Tag vor den Strafgerichten zutage kommen, wurden heute um einen Fall vermehrt, der um so bemerkenswerter ist, weil die betingelte Person eine Agentin mit Gold- und Juwelenwaren ist, von der man doch eine gewisse Vorsicht erwarten könnte.

Die Betroffene hatte in der Restauration „U. Whilka“ beim Mittagessen die Bekanntschaft des Gauners und Betrugspezialisten Franz Blahar gemacht, der sich ihr als Großvertreter vor-stellte. Raum hatte er ihren Beruf ausgehend-schaftet, trug er ihr schon ein Geschäft an. Er wollte seiner Frau, die ihm diese Nacht einen kleinen Ring schenken wollte. Die Agentin legte ihre Ware vor und der elegante Herr „Großvertreter“ (der übrigens vor nicht langer Zeit erst das Ge-lingnis verlassen hat) wählte einen schönen Ring im Werte von 4800 K.

Er erbat sich ihn vorerst zur Ansicht, denn er wolle ihn erst seiner zweiten Wöchnerin zeigen, ob er ihr auch gefalle. Die Agentin überließ ihm, gebelnd von seinem Auftreten und seinem Habe-

Die „Republik“ der schwarzen Kapitalisten.

Enttüllungen aus Liberia. — Sklaverei und Kannibalismus. — Wie der Regierstaat entstand.

Der Völkerbund bearbeitet im Augenblick den Bericht einer Kommission, der sich mit den un-gewöhnlichen Zuständen in der sogenannten Re-gerepublik Liberia befaßt. Schon vor einem hal-ben Jahr sind über Liberia Enttüllungen aus To-gesicht gekommen, die den Rücktritt des Prä-sidenten King zur Folge hatten. Was aber jetzt bekannt wird, stellt alles bisherige in den Schat-ten. Im Hinterland von Liberia, so heißt es in dem Bericht, gibt es noch Leute, die offen dem Kannibalismus huldigen. Liberia ist zwar ein christlicher Staat, trotzdem aber soll es dort noch einen Söldendienst geben und Menschenopfer sol-len bei lebendigem Leib verbrannt werden. Die Regerepublik wird parlamentarisch regiert. Sie besitzt einen Senat und eine Abgeordnetenkam-mer, in Wirklichkeit aber beherrichen ungefähr zwölftausend „Aristokraten“ das Land. Regier die bei der Gründung des Staates aus Amerika ein-gewandert sind, und deren einziger Lebenszweck darin besteht, auf Kosten der übrigen Liberianer ein Frankenzuleben zu führen. Der Skovenhand-elt steht in Liberia in voller Blüte, dafür feh-len in einem Hauptstadt alle hygienischen und kul-turellen Einrichtungen. Man hat etwa hundert Schulen, die Kinder aber werden gewaltsam am Schulbesuch gehindert, weil man findet, daß zu viel Bildung auch schädlich sein könnte. Vor allen Dingen dann, wenn die Untertanen als Sklaven auf den Gummipflanzungen der Ameri-kaner arbeiten oder ungewollt Strafenbauten errichten müssen. Die Verwaltung der Republik liegt völlig im argen. Weder ein Haushaltsplan noch eine Rechnungsführung ist vorhanden, und die Beamten haben schon jahrelang kein Geld mehr bekommen. Auf jeden Fall kann es der Völkerbund zu seinem Verdienst zählen, daß er eine Kulturhande aufgedeckt hat, die man im 20. Jahrhundert nicht mehr für möglich gehalten hätte.

Diese Regerepublik besteht etwa 110 Jahre. Sie wurde am Golf von Guinea im Jahre 1822 von freien Farbigen gegründet. In Europa nahm man wenig Notiz von dieser Angelegenheit, aber schließlich mußte sich die Welt doch mit der neugeschaffenen Republik beschäftigen, da sie im Interessengebiet Großbritannien lag. Zwar

ließen Gemüt, tanachlich den Ring und erwarbte die Rückkunft des vornehmen Kunden in dem Lokal. Er kam natürlich nicht wieder, wurde aber von den Detektiven bald ausgeforscht. — Heute bekam er von dem Senat des OGH. Trotz vier Monate schweren Kerfers. rh.

Kunst und Wissen

Das Gemissen des Richters.

Eine Arbeitsgemeinschaft junger Schauspieler führt im Intimen Theater in Wien jetzt Robert Schalek's justizritisches Trauerspiel „Das Ge-missen“ auf. Ein herkrankter Landesgerichtsrat, der in Gegenwart zu vielen seiner Kollegen das Richter-amt nicht nur als einen Brotberuf auffaßt, sondern die ungedehnte Verantwortung fühlt, die er mit jedem Urteilspruch auf sich nimmt, träumt in der Stunde vor dem Tod, daß einmal die Verurteilten über den Richter zu Gericht sitzen. In einer phan-tastischen Szene, in der die Kollegen des sterbenden Gerichtsrats das Antlitz der abgeurteilten Verbrecher annehmen, enthüllt sich das unfaßbare Grauen, das er durch die strenge Befolgung der Gesetze, durch die Erfüllung seiner Richterpflicht über unglückliche, hilflose Menschen gebracht hat. Selbst der mensch-liche, der warmherzige Richter wird im Sinne einer höheren Menschlichkeit schuldig; wie erst die tal-tüchtigen Justizbeamten, die sich nur als „Werkzeug der Gesellschaft“ fühlen und den Buchstaben des Gesetzes höher achten als das Schicksal ihrer unglück-lichen Nebenmenschen. Als die Verbrecher den träu-menden Richter erschlagen wollen, greift die licht-umflößene Gestalt des Zimmermannsohnes ein; nicht rächen, sondern helfen, nicht Rache, sondern Mitleid üben sei das Gebot wahrer Mensch-lichkeit.

Die traum-dramatische Schilderung der Ge-missensqualen des Richters ergreift, weil echt, weil sie erlebt ist; der Verfasser des Stücks ist ein hoher Richter in der Tschechoslowakei und kennt den Justiz-bertrieb der bürgerlichen Gesellschaft mit allen ihren Härten und Mängeln genau.

In der Buchfassung des Dramas hat Robert Schalek die spürhafte Gerichtsverhandlung durch das Eingreifen nicht nur der himmlischen, sondern auch der bössischen Mächte und durch verschiedene allegori-sche Figuren ins Mystische zu heben versucht. Die Bühnenfassung ist vereinfacht und sicherlich zum Vorteil der Theatervirkung, auch stark gekürzt worden. Die jungen Schauspieler, die ihre Namen nicht nennen, weil es ihnen nur auf die Ensemble-wirkung ankommt, auf den Dienst am Drama, setzen sich mit viel Spielleiser für das Schauspiel ein und brachten eine Aufführung zustande, die trotz mancher spenischen und darstellerischen Unbe-holfenheit den Zuschauer packte. F. A. (Wien).

Böhmischer Biedermeier. Im Kunstverein für Böhmen, II., Börsplatz 12) wird heute, Donner-stag, um 4 Uhr nachmittags eine Ausstellung aller Aquarelle und Zeichnungen aus dem Anfange des 19. Jahrhunderts eröffnet. Die ausgestellten Ar-beiten stammen durchwegs aus dem Besitze privater

Kinderfreunde Prag.

Sonntag, den 26. Juni Ausflug nach Bohuice in den Wald. Treffpunkt: halb 9 Uhr bei der Endstation der 14er Elektrischen in Kobylis.

Prager Sammler, die in der „Gesellschaft von Sammler und Freunden der Kunst“ vereinigt sind. Unter den 200 Ausstellungsmännern befinden sich zahlreiche Arbeiter von den Angehörigen der Künstlerfamilie Manes, von Havrtil, Fährlich, Roubler, Flepshagen, Barbitus etc. Allgemeiner Eintritt ab Freitag von 9 bis 5 Uhr.

Samstag: Premiere: „Für eine schöne Frau“. Operette von Günther Wibo und Oskar Feltz (nach einem Lustspiel von Leo Lenz), Musik von Walter W. Goetze. Dirigent: Fritz Krieger. Regie: Stadler. Hauptrollen: Reichlin, Scheuber, Dubel, Witt, Jaurisch, Ludwig, Podlesal, Richter, Adner, Wol-zam. Anfang 8 Uhr. (Abend, aufgehoben.)

Zweimaliges Gastspiel Joachim Ringelnag: „Die Flasche“. Der Dichter und Matrose Ringelnag wird an zwei Abenden in seinem ersten dramatischen Werk „Die Flasche“ als Schauspieler inmitten seines Ensembles auftreten. Viele werden interessanten Gastspielende beschließen die Spielzeit der Reinen Bühne am Mittwoch, den 29. ds. und Don-nerstag, den 30. ds. Allgemeiner Vorverkauf ab heute. Guthausene ungenügend!

Wochenplan des Neuen Deutschen Theaters. Donnerstag, halb 8 Uhr: „Manon Lescau“ (neueinsstudiert). — Freitag, halb 8 Uhr: „Domie“ (200—II). Abschied Olga Kneive. — Samstag, 8 Uhr: „Für eine schöne Frau“ (Premiere). — Sonntag, halb 8 Uhr: „Manon Lescau“ (207—III). — Montag, halb 8 Uhr: „Die Kai-serin“ (208—IV).

Wochenplan der Kleinen Bühne. Donner-stag, halb 8 Uhr: „Roulette“ (Bankbeamten II). — Freitag, halb 8 Uhr: „Morgen acht und aus“ (Ab.). — Samstag, halb 8 Uhr: „Frau Warrens Gewerbe“ (Ab.). — Sonntag, halb 8 Uhr: „Alle Wege führen zur Liebe“ (Ab.). — Montag, halb 8 Uhr: Gastspiel des Berliner Theaters der Komiker.

Aus der Paräei

Bezirksorganisation Prag

der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Freitag, den 24. Juni 1932, um acht Uhr abends, Kleiner Urania - Saal, Prag II., Smecilagasse 28.

Distussionsabend.

Thema: „Die politische Entwicklung in Deutschland.“

Einleitendes Referat, Abgeordneter Genosse Jalsch.

Die Bezirksvertretung.

Jugendbewegung.

Rote Falken, Ferienlager. Donnerstag, um 4 Uhr, im Verein deutscher Arbeiter, Lager-besprechung, an welcher sämtliche gemeldete Falken und ihre Eltern teilnehmen können. Vorher um halb 3 Uhr in der ersten Prager Krankenlaska ärztliche Untersuchung aller Teilnehmer.

Freie Vereinigung sog. Akademiker — S. J. II. Heute, 8 Uhr, im Heim: „Abend der Großstadt.“ Registrationen (Genosse R. Deutsch), Schallplatten.

Rote Falken, Prag (Ferienlager) Heute Donnerstag um 4 Uhr im Verein deutscher Arbeiter Lagerbesprechung, an welcher sämtliche gemeldeten Falken und ihre Eltern teilnehmen sollen. Vorher findet um halb 3 Uhr in der I. Prager Kranken-laska, Prag II., Jungmannsso 29, die ärztliche Untersuchung aller Teilnehmer statt. Bestimm kommen! — Bei schönem Wetter werden die Falken, welche an den Sommerlagern teilnehmen, schon Samstag vormittags die Reise antreten. Reise-route: Melnik, Eiboch, Schelosen, Damba, Frischberg. Tagesleistung: 17 Kilometer. Einzelbetten verein-baren wir Donnerstag nachmittags. Bei schlechtem Wetter fahren wir per Eisenbahn nach Frischberg.

Lest den



Verlag der Neuen Gesellschaft, Berlin S. 42, Alexan-drienerstraße 37. Offizielles Orga-n des Freies Radio-Bundes d. Tsche-choslowakei.

DAS BLATT DER WERKTÄTIGEN BASTLER U. MORE.

Probeheft kostenlos vom Verlag der Neuen Gesellschaft G. m. b. H., Berlin S. 42. Der „Arbeiterfunk“ kann durch die Post durch die Ortsgruppen des Freies Radio-Bundes, alle Volks-buchhandlungen sowie direkt vom Verlag in Berlin S. 42, Alexandrienerstraße 37, bezogen werden.

Verantwortlich: Eugenich Taus. — Geschäftsstellen: Wilhelm Michalek. — Besondere Anzeigen: Dr. Carl Gieseler, Prag. — Druck: „Kunst“ K. G. für Verlag- und Buchdruck, Prag. — Für den Druck verantwortlich: Otto Sedlitz, Prag. — Die Zeitungsmaschinen wurden von der Fab. v. Zilgner-Göhring mit Erfolg Nr. 12.800/11.1930 bezogen. — Bezugsbedingungen: Bei Zahlung im Voraus oder bei Bezug durch die Post monatlich Kz 16.—, vierteljährlich Kz 46.—, halbjährlich Kz 86.—, jährlich Kz 166.—. — Zusätze geben laut Tarif täglich bekannt. Bei einem halbjährlichen Bestimmung. — Kündigung von Abonnenten erfolgt nur bei Kündigung der Abonnenten.